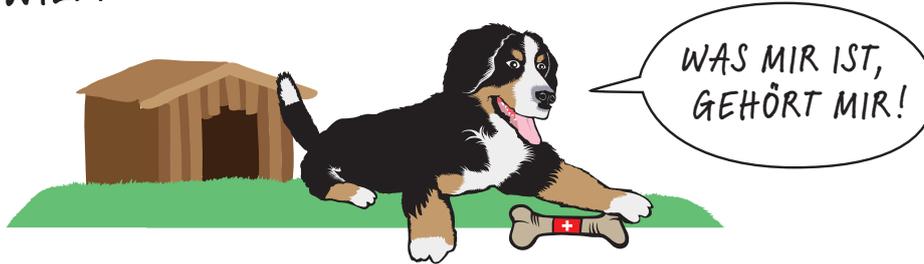


WILLY MEINT:



## **Gegen Enteignung, für den Schutz der Privatsphäre**

Die Garantie des privaten Eigentums gehört zu den wichtigsten Aufgaben eines freiheitlich-demokratischen Staates. Die SVP setzt sich dafür ein, dass die Bürger über ihre erworbenen materiellen und ideellen Güter frei verfügen können. Dazu gehört, dass der Staat seinen Bürgern möglichst viel Geld im Portemonnaie zu deren freier Verfügung belässt. Immer wichtiger wird in unserer Zeit aber auch die Verteidigung der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger. Den gläsernen Bürger darf es nicht geben.

### Gegen linke Umverteilung

Wer arbeitet und selbstverantwortlich etwas Geld zur Seite gelegt hat und auch später noch etwas von seinem Ersparnis will, hat allen Grund, die linke Politik zu bekämpfen. Denn die meisten ihrer Vorstösse zielen darauf ab, an mehr Geld der Anderen zu kommen, den Menschen Eigentum wegzunehmen und dieses umzuverteilen. Niemand denkt materialistischer und eigennütziger als die politische Linke, die jedes Problem mit dem Geld der anderen lösen will. Egal ob Ausländerintegration, Frühpen-

sionierung, Betreuungsplätze, Kinderkrippen, Tagesschulen, Elternurlaub, sozialer Wohnungsbau: Alles ist für die Linke eine Frage des Geldes, über das die Classe politique verfügen darf und das umverteilt werden muss.

### Der Staat wächst und wächst

Der Staat ist in den vergangenen Jahren immer grösser geworden und hat die Regulierungsdichte stark erhöht; davon zeugt die massiv angestiegene Fiskalquote (Summe der gesamten Steuern und Abgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt). Wir arbeiten einen immer grösseren Teil des Jahres, um für Steuern, Abgaben und Gebühren aufkommen zu können. Immer mehr Aufgaben, die vormals privat gelöst wurden, übernimmt der Staat. Herr und Frau Schweizer müssen rund 50 Prozent ihres Einkommens für Steuern und Abgaben aufwenden. Das heisst, sechs Monate im Jahr arbeiten wir für den Staat. Damit liegt die Schweiz über dem Schnitt der OECD-Länder.

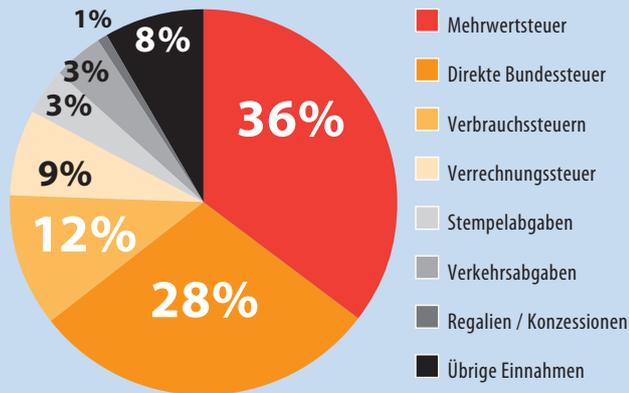
### Mehr Freiheit für Wohneigentum

Das Eigentum der Schweizer wird nicht nur über die zunehmende Steuer- und Abgabenlast bedroht. Auch der Erwerb von Wohneigentum wird durch steigende staatliche Auflagen und Einschränkungen bedroht. Dies schadet auch den Mietern, denn nur solange sich das Investieren, Bauen und Renovieren lohnt, entsteht auch genügend Wohnraum zu angemessenen Preisen. Das Spiel des freien Marktes wird im heutigen Mietrecht durch eine Überreglementierung jedoch bereits stark eingeschränkt.

### Immer weniger Privates

Neben dem Eigentum wollen uns Linke und andere Staatsgläubige auch die Privatsphäre wegnehmen: Abschaffung des Bankkundengeheimnisses, automatischer Informationsaustausch, Einschränkung des Bargeldverkehrs, Überwachung auf Schritt und Tritt. Der Staat greift immer unverfrorener in unser Privatleben ein mit dem Ziel, die Bürger zu erziehen und

## 63,5 Milliarden CHF Steuern alleine für den Bund im Jahr 2014



Quelle: Staatsrechnung 2014

ihnen noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. Die SVP nimmt dies nicht hin. Die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger ist vielmehr zu achten und zu schützen. Deshalb unterstützt die SVP Bestrebungen, den Schutz der Privatsphäre in der Bundesverfassung festzuschreiben. Ebenso vehement kämpft die SVP für den Erhalt des Bankkundengeheimnisses in der Schweiz und gegen immer mehr Möglichkeiten der Behörden, in die Privatsphäre der Bürger einzugreifen und diese zu überwachen und zu verletzen.

### **Eigentum stärken**

Die SVP setzt sich mit aller Kraft dafür ein, dass die Bürger über ihre rechtmässig erworbenen materiellen und ideellen Güter frei verfügen können. Ohne verfassungsmässig garantiertes Eigentum ist weder das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen noch eine freie und wohlhabende Gesellschaft möglich. Die Geschichte hat es immer wieder gezeigt: Sobald ein Staat seinen Bewohnern das Eigentum nicht mehr gewährleistet oder gar wegnimmt, sind bald auch Leib und Leben der Menschen gefährdet. Insbesondere setzt sich die SVP gegen das Verbot des Vorbezugs des persönlich ersparten Alterskapitals in der zweiten Säule zur Finanzierung von selbstgenutztem Wohneigentum oder zur Gründung eines eigenen kleinen Unternehmens ein. Dieses Verbot kommt einer Enteignung der Bürgerinnen und Bürger gleich.

### **Weniger staatliche Umverteilung**

Ebenso kämpft die SVP gegen noch mehr Umverteilung. Im Sinne eines liberal ausgeprägten, auf Eigenverantwortung des Bürgers setzenden Staates soll jeder Bürger sein Eigentum und sein Geld möglichst frei einsetzen können, wie er selber es für richtig hält. Die SVP will keinen Staat, der den Bürgern ihr sauer verdientes Geld aus der Tasche zieht und es umverteilt – auch dann nicht, wenn die Idee dahinter noch so gut gemeint sein mag. Jeder Bürger weiss selber am besten, wo und wie er sein Geld eigenverantwortlich verwenden will. Wird dieses Prinzip weiter unterhöhlt,

führt dies in den Sozialismus, in dem der Staat den Bürgern das Eigentum für die von ihm gesetzten Zwecke wegnimmt.

### **Weniger Bürokratie im Planungs- und Baurecht**

Im Immobilienbereich verlangt die SVP eine Lockerung der mietrechtlichen Bewirtschaftungsvorschriften und der Mietzinskontrolle. Die SVP fordert, dass Haus- und Wohnungseigentum durch steuerliche Anreize gefördert wird. Die heutige Eigenmietwertbesteuerung entfaltet eine eigentumsfeindliche Wirkung und gehört deshalb abgeschafft. Den staatlichen sozialen Wohnungsbau lehnt die SVP ab. Sozialer Wohnungsbau führt immer zu wettbewerbsverzerrenden Effekten, die sich negativ auf private Investitionen auswirken.



Der Bürger hat frei über seine materiellen und ideellen Güter verfügen zu können. Der Staat hat das Eigentum zu schützen.

## STANDPUNKTE

**Die SVP**

- hält den Schutz des privaten Eigentums hoch und bekämpft Tendenzen zur Einschränkung der Verwendung von Bargeld und den Rückgriff des Staates auf Sparguthaben und Pensionskassengelder;
- setzt sich gegen eigentumsfeindliche Regelungen im Mietrecht und Immobilienbereich ein;
- befürwortet die Abschaffung der eigentumsfeindlichen Eigenmietwertbesteuerung unter Beibehaltung der investitionsfördernden Abzüge von Unterhaltsaufwand und Schuldzinsen;
- will keine unvernünftigen Progressionssätze bei der Besteuerung;
- verteidigt das geistige Eigentum als wichtige Grundlage des Forschungs- und Produktionsstandortes Schweiz;
- setzt sich für den Schutz der Privatsphäre und gegen eine ausufernde staatliche Überwachung ein.

## VORTEILE +

**Das bringt mir**

- ✓ als Bürger Selbstbestimmungsrecht;
- ✓ als Familie mehr zum Leben;
- ✓ als Erwerbstätiger oder Rentner weniger Belastung durch Steuern und Abgaben;
- ✓ als Hauseigentümer die Sicherung meines Eigentums;
- ✓ als Bankkunde den Schutz meiner Privatsphäre;
- ✓ als Unternehmer den verdienten Lohn aus meinen Entwicklungen und Innovationen.